

Millionenentgang bei Gemeindebauten

ÖHGB FORDERT ANGEPASSTEN ZINS FÜR BESSERVERDIENER

von Stefan Posch

Wien ist stolz auf seine Gemeindebauten und das zurecht. Schließlich sollen diese dafür sorgen, dass Wohnraum auch für Wenigverdiener leistbar bleibt. Doch die Treffsicherheit der Vergabe ist mangelhaft und deswegen entgehen der Stadt zig Millionen, wie eine neue Berechnung des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB) auf Basis von Zahlen der Statistik Austria zeigt. Demnach verdienen über die Hälfte der Gemeindebaubewohner mehr als das Medianeinkommen von monatlich 2.000 Euro Netto. Würden diese einen angepassten Mietzins zahlen, so könnte die Stadt Wien 123 Millionen Euro mehr lukrieren. Mit dem Geld könnte, so Martin Prunbauer, Präsident des ÖHGB, fast 100.000 förderungswürdige Menschen stützen, die auf den privaten Mietmarkt angewiesen sind. „Ohne einen Cent Steuergeld, ohne Ghettoisierung und ohne, dass auch nur eine einzige Person die Wohnung verlassen muss“, so Prunbauer.

Das Modell des ÖHGB sieht vor, dass alle Gemeindebaubewohner, die über dem Medianeinkommen von 2.000 Euro Netto verdienen würden, einen Zins von 6,1 Euro pro Quadratmeter zu bezahlen haben. Jene mit mehr als 180 Prozent Medianeinkommen sollen 7,5 Euro pro Quadratmeter zahlen. „Ich bin natürlich dafür, dass förderungswürdige Personen auch gefördert werden. Aber das ist die Aufgabe der Öffentlichkeit und nicht jene des privaten Mietmarktes“, kritisiert Prunbauer den steigenden Druck der Politik auf den privaten Vermieter. „Wir sollten Menschen fördern und nicht Mauern“, so der ÖHGB-Präsident.

